

QUARTALSBERICHT

Projektländer: Benin, Burkina Faso, Ghana, Mali,
Niger, Togo

Quartal/Jahr: IV/2012

BENIN

1. **Staatshaushalt 2013 vom Parlament verabschiedet**
2. **Round-Table-Gespräche zwischen staatlichem und privaten Sektor positiv beurteilt**
3. **Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Regierung gehen weiter**
4. **Geschätzte Kosten der in 2013 vorgesehenen Stadt- und Gemeinderatswahlen**
5. **Abkommen mit EU, der islamischen Republik Iran und der Schweizer Kooperation geschlossen**
6. **Angeblicher Vergiftungsversuch des beninischen Staatspräsidenten**
7. **Erklärungen der beninischen Gesundheitsministerin zum Welt-Aids-Tag**
8. **Verkauf von Schmuggelbenzin am Straßenrand geht weiter**

Im Dezember verabschiedete das Parlament den Staatshaushalt für das kommende Jahr (2013) in Höhe von 1.044,5 Mrd. F CFA (1,59 Mrd. €), um 27,9 Mrd. F CFA (42,68 Mio. €) höher als der des vergangenen Jahres. Mit dem zwischen Einnahmen und Ausgaben ausgeglichenen Budget soll in der kommenden Haushaltsperiode insbesondere die wirtschaftliche Entwicklung des Landes vorangebracht werden, wobei ein Schwerpunkt auf der Förderung der Humanressourcen und dem weiteren Ausbau der Infrastrukturen liegen soll. Über die Modernisierung der Landwirtschaft will man die Agroindustrie fördern, ohne dabei die lokale Entwicklung zu vernachlässigen. Man erhofft sich ein Wirtschaftswachstum von 4,5% (gegenüber 3,5% im laufenden Jahr), die Inflation soll weiter unter 3% gehalten werden.

Anfang November fand eine dreitägige Round-Table-Gesprächsrunde zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor des Landes mit dem erklärten Ziel statt, Letzterem zu einem neuen Aufschwung zu verhelfen. Die Gespräche und

insbesondere die persönliche Anwesenheit von Staatspräsident Boni Yayi wurden seitens des Privatsektors ausgesprochen positiv bewertet, anstehende Probleme hätten offen diskutiert, Lösungsmöglichkeiten angesprochen werden können.

Nachdem die bereits seit Schuljahresbeginn (Anfang Oktober) laufenden Verhandlungen zwischen den Lehrgewerkschaften und der Regierung über die im vergangenen Jahr zugesagten Gehaltserhöhungen bislang ohne greifbares Ergebnis blieben - die Regierungsseite, vertreten durch Premierminister Pascal Koupaki bringt weiter das Argument der rapide ansteigenden Personalkosten und des nicht ausreichenden Budgets vor – rief die Gewerkschaftskonföderation CGST Anfang Dezember zu einem wiederholbaren 72-Stunden-Streik auf, um zum einen auf die sich allgemein verschlechternden Arbeits- und Lebensbedingungen aufmerksam zu machen, zum andern die Rücknahme von Gehaltskürzungen aus Streikgründen sowie die Umsetzung des oben genannten Dekrets zu fordern.

Die Kosten der im kommenden Jahr (2013) geplanten Stadt- und Gemeinderatswahlen werden, nach offiziellen Angaben, auf rund 7 Mrd. F CFA (10,7 Mio. €) geschätzt. Darin sollen auch 2 Mrd. F CFA (3,05 Mio. €) für die Korrektur des digitalen Wählerverzeichnisses ‚LEPI‘ enthalten sein, das seit seiner Einführung bei den letzten Präsidentschaftswahlen (2011) weiter umstritten ist und einer Überarbeitung bedarf. Ein genaues Datum für die Wahlen wurde noch nicht bekannt gegeben.

Um den 124 km langen Küstenstreifen des Landes zwischen Nigeria und Togo besser zu schützen und damit auch der weiter zunehmenden Piraterie Einhalt zu gebieten, wurde im Dezember, zusätzlich zu dem bereits in Cotonou bestehenden, ein weiterer Marinestützpunkt in Grand Popo, nahe der Grenze zu Togo, in Betrieb genommen. Dieser soll, offiziellen Angaben zufolge, mit Hilfe Frankreichs u.a. mit Radar, automatischen Identifizierungssystemen und modernen Kommunikationsmitteln ausgestattet worden sein.

Ende Oktober wurde, anlässlich des Benin-Besuchs des Vorsitzenden der EU-Kommission, José Manuel Barroso, ein Abkommen über 50 Mio. € für einen Zeitraum von drei Jahren geschlossen, mit dem Ziel, die Umsetzung der ‚good governance‘ weiter zu fördern. Die islamische Republik Iran sagte der Universität von Abomey-Calavi (unweit Cotonou) 500 Mio. \$ für den Bau von Infrastrukturen sowie die Vergabe von Stipendien in den Bereichen Landwirtschaft, Energie und Medizin zu. Die Schweizer Kooperation stellte eine nicht rückzahlbare Summe von 6,1 Mrd. F CFA (9,3 Mio. €) für Vorhaben in den Sektoren Landwirtschaft und Gesundheit sowie die Förderung der lokalen ‚good governance‘ bereit.

Mitte Oktober wurde über lokale und internationale Medien die Meldung über einen angeblichen Vergiftungsversuch des beninischen Staatspräsidenten Thomas Boni Yayi verbreitet, eine Angelegenheit, die bei Berichtsende noch nicht vollständig geklärt war. Der Hauptangeklagte, ein Beniner Geschäftsmann und ehemaliger Vertrauter des Staatspräsidenten, war im vergangenen Jahr in ‚Ungnade‘ gefallen, hatte das Monopol für die Einfuhr von Produktionsmitteln

(Dünger, Pestizide u.a.) für die Baumwollbranche verloren, der mit einer seiner Firmen geschlossene Vertrag über die Importkontrolle (siehe Vorberichte) wurde aufgelöst. Ein gegen ihn erlassener internationaler Haftbefehl wird derzeit noch von Frankreich geprüft.

Wie die beninische Gesundheitsministerin anlässlich des 25. Weltaidstags am 1. Dezember erklärte, sollen in Benin rund 60.000 Personen mit dem HIV-Virus leben, was eine bereits seit Jahren stabile Rate von rund 2% darstelle. Wie die Ministerin weiter ausführte, sei es durchaus möglich, in Benin das durch die Weltgesundheitsorganisation allgemein ausgerufenen Ziel von ‚null Infektion‘ bis zum Jahre 2015 zu erreichen.

Ende November scheiterte, trotz massiv eingesetzten Militärs, ein erneuter Versuch seitens der Regierung, dem Verkauf von aus dem Nachbarland Nigeria geschmuggeltem Treibstoff am Straßenrand endgültig ein Ende zu bereiten. Da dieser Benzinhandel weiter einen Großteil der Versorgung des Landes mit Treibstoff ausmacht, führte dies schnell zu Versorgungsengpässen. Die im informellen Sektor tätigen Benzinhändler brachten ihrerseits vor, dass von all den seitens der Regierung versprochenen alternativen Verdienstmöglichkeiten bisher noch nichts verwirklicht wurde.

BURKINA FASO

- 1. Ergebnisse der Parlaments- und Gemeindewahlen vom 2. Dezember**
- 2. Staatspräsident Blaise Compaoré seit 25 Jahren an der Macht**
- 3. Erste Urteile in den Prozessen nach den landesweiten Meutereien im vergangenen Jahr**
- 4. Ermittlung fiktiver Funktionäre durch biometrische Kontrolle in der Verwaltung**
- 5. Schlichtungsgespräche zwischen islamistischen Gruppierungen und der malischen Regierung in Burkina Faso**
- 6. Burkinischer Diplomat zum Kabinettsdirektor der neu gewählten AU-Kommissionsvorsitzenden ernannt**

Nach zwei Wochen Wahlkampagne fanden die zum ersten Mal gekoppelten Parlaments- und Gemeindewahlen fristgemäß am 2. Dezember statt. Sie wurden, ebenfalls zum ersten Mal, mit Hilfe eines biometrischen Wählerverzeichnisses durchgeführt, in dem 4,3 Mio. Wähler (Gesamtbevölkerung rund 16,5 Mio. davon 45% unter 15 Jahre) eingetragen waren. Gewinner beider Wahlen ist eindeutig die Regierungspartei ‚CDP‘, die nun über 70 (von 127) Sitze und damit eine gute Mehrheit in der Nationalversammlung verfügt.

Auch bei den Neuwahlen der Stadt- und Gemeinderäte lag die ‚CDP‘ mit 12.340 gewählten Räten in 366 Kommunen vorn. Ihr folgt die ‚Union pour le progrès et le

changement' (UPC) mit 1.615 Sitzen in 251 Kommunen und die ‚Alliance pour la démocratie et le fédéralisme‘ (ADR/RDA) mit 1.146 Räten in 270 Kommunen. Insgesamt hatten sich 189.322 Kandidaten aus 81 Parteien um 18.645 Gemeinderatssitze in 370 Kommunen und Stadtbezirken beworben.

Die Wahlbeteiligung wurde mit 75,3% angegeben, die über 8.000 nationalen und internationalen Beobachter waren sich über den im Großen und Ganzen guten Wahlverlauf einig und beurteilten die Wahlen als glaubhaft.

Wie Beobachter des politischen Lebens in Burkina Faso dazu erklärten, stellten diese Wahlen durchaus einen Test für Staatspräsident Blaise Compaoré dar, der seit nun 25 Jahren (15.10.1987) an der Macht ist und dessen Mandat verfassungsgemäß 2015 zu Ende gehen wird. Über die Möglichkeit einer Verfassungsänderung und den Versuch, ein weiteres Mandat zu erhalten, wurde seit geraumer Zeit nichts mehr bekannt gegeben.

Die landesweiten Meutereien des vergangenen Jahres führten zur Festnahme von insgesamt 346 Personen, größtenteils Angehörige der Streitkräfte, die sich derzeit in Untersuchungshaft befinden. Ende November fanden nun die ersten Gerichtsverhandlungen statt, Haftstrafen zwischen 18 Monaten und 5 Jahren wurden verhängt. Die Prozessserie soll, wie offiziell mitgeteilt wurde, noch bis Ende des 1. Quartals 2013 weitergeführt werden.

Eine im Oktober durchgeführte biometrische Kontrolle der Staatsangestellten führte zu der Ermittlung von 6.250 fiktiven Beamten, die, nach offiziellen Angaben, den Staat in der Zeit zwischen Januar und September 2012 rund 3 Mrd. F CFA (4,57 Mio. €) gekostet haben sollen.

Staatspräsident Blaise Compaoré nimmt weiter, im Auftrag der ECOWAS, die Funktion des offiziellen Schlichters in der Nordmali-Krise wahr. Seine Priorität ist, wie er immer wieder betont, der Dialog, sein Ziel, eine militärische Intervention im Nachbarland möglichst zu vermeiden. Bei den in diesem Zusammenhang seit Anfang November in Ouagadougou geführten Gesprächen mit Vertretern der islamistischen Gruppierungen ‚Ansar Eddine‘ und ‚MNLA‘ konnten, im Verlauf der beiden letzten Monate und im Hinblick auf eine Annäherung, durchaus Fortschritte erzielt werden (siehe Berichtsteil Mali).

Der burkinische Diplomat und bislang ständige APRM (African Peer Review Mechanismus)-Exekutivsekretär für Burkina Faso, Jean-Baptiste Natama, wurde von der neu gewählten AU-Kommissionsvorsitzenden, Nkosazana Dlamini-Zuma, zum Kabinettsdirektor berufen. Diese Nominierung ist Ausdruck der hohen Anerkennung der Verdienste des Diplomaten und seiner Erfahrung in internationalen Fragen.

GHANA

1. **Öffentliche Debatten der Kandidaten im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen am 7. Dezember**
2. **Einsatz eines biometrischen Wählerverzeichnisses**
3. **Allgemein positiv beurteilter Wahlverlauf**
4. **Anfechtung des Wahlergebnisses durch die Oppositionspartei NPP**
5. **Ergebnis der gleichzeitig durchgeführten Parlamentswahlen**
6. **Im Hafen von Tema festgehaltenes argentinisches Schulschiff ‚Libertad‘ im Dezember freigelassen**
7. **Erwartetes Wirtschaftswachstum 2013 / leicht gestiegene Inflationsrate**
8. **Unterschiedliche Ergebnisse in der Kakao- und Fischproduktion / gute Ergebnisse in der Erdölbranche**
9. **Tourismusbranche im Wachstum begriffen**
10. **Einsturz eines sechsstöckigen Einkaufszentrums in Accra**

In Vorbereitung der Präsidentschaftswahlen am 7. Dezember fanden im Oktober und November je eine öffentliche Debatte der Präsidentschaftskandidaten der vier im Parlament vertretenen Parteien NDC, NPP, CPP und PNC statt. Die Co-Lister (künftige Vizepräsidenten) führten Anfang November ein öffentliches Streitgespräch, bei dem vor allem nationale Wirtschaftsthemen zur Sprache kamen.

Auch in Ghana kam zum ersten Mal ein biometrisches Wählerverzeichnis zum Einsatz, mit dessen Hilfe, wie die Nationale Wahlkommission bekanntgab, ca. 20.000 Doppeleintragungen verhindert werden konnten. Andererseits sollen mehrere tausend Jungwähler, die am Wahltag ihr 18. Lebensjahr vollendeten, nicht in das Verzeichnis aufgenommen worden und daher von der Wahl ausgeschlossen gewesen sein.

Die Wahlen verliefen, wie alle landesweit eingesetzten Beobachter (insgesamt 4.500 nationale, über 500 aus ECOWAS-Ländern sowie 13 aus Commonwealth-Ländern) bescheinigten – mit Ausnahme einiger technischer Pannen – durchgehend korrekt, frei und transparent. Aufgrund des schlechten Funktionierens des technischen Materials in etwa jedem fünften Wahllokal, wurde die Wahl an den entsprechenden Orten am folgenden Tag (8.12.) weitergeführt. Bereits am Abend des 9.12. erklärte die Wahlkommission John Mahama (NDC) mit 50,7% im ersten Wahlgang zum Sieger, gefolgt von Nana Akufo-Addo (NPP) mit 47,74%. Die sechs weiteren Kandidaten lagen jeweils unter 4%. Die Wahlbeteiligung wurde mit 79,43% angegeben.

Noch am gleichen Abend focht die Oppositionspartei NPP das Ergebnis öffentlich an, die darauf folgenden Demonstrationen ihrer Anhänger in den Straßen der Hauptstadt wurden von den Sicherheitskräften aufgelöst. Die Partei reichte eine

Klage wegen „systematischen Wahlbetrugs“ ein und bat den Hohen Gerichtshof um eine Überprüfung der Ergebnisse.

Die gleichzeitig durchgeführten Parlamentswahlen, für die über 1.330 Kandidaten, davon 10% Frauen, in den 275 Wahlkreisen der 10 Regionen des Landes aufgestellt wurden, brachten ebenfalls eine Mehrheit für die Regierungspartei NDC und ergaben folgende Sitzverteilung: NDC: 148 Abgeordnete, NPP 123 Abgeordnete, PNC (People's National Convention) 1 Abgeordneter sowie 3 parteilose Abgeordnete.

Das seit Anfang Oktober im Hafen von Tema festgehaltene Schulschiff der argentinischen Kriegsmarine ‚Libertad‘ wurde erst im Dezember wieder freigelassen. Das Schiff war aufgrund der Anfrage eines Investmentfonds, der im Jahr 2011 einen Teil der Schulden Argentiniens zu niedrigen Preisen aufgekauft haben soll und nun die Rückzahlung einer Restschuld (370 Mio. \$) verlangte, von den ghanaischen Behörden blockiert worden.

Am 25. Oktober wurde ein Großteil (insgesamt 280) der Mannschaft nach Argentinien ausgeflogen, ca. 50 blieben zur Wartung des Schiffes weiter an Bord. Argentinien, das sich weigerte, den Forderungen des Fonds nach Hinterlegung einer Kaution von 20 Mio. \$ für die Befreiung des Schiffes nachzukommen, wandte sich im November an den Internationalen Seegerichtshof in Hamburg, der Mitte Dezember die sofortige Freilassung der Fregatte anordnete.

Wie der ghanaische Finanzminister erklärte, könne für das folgende Jahr (2013) ein Wirtschaftswachstum zwischen 8% und 9% erwartet werden. Die Inflation, die weiter unter 10% gehalten werden konnte, erreichte im Oktober 9,2% und stieg im November leicht auf 9,3% an.

Während die Kakaoproduktion von über 1 Mio. Tonnen (2010-11) auf 870.000 Tonnen in diesem Jahr sank, stieg die Produktion von Fischen aus Aquakulturen von 7.200 Tonnen (2009) auf 19.000 Tonnen im laufenden Jahr (2012) an. Mit der Förderung von insgesamt rund 46,321 Mio. Barrel Erdöl bis einschließlich Ende Oktober 2012 aus dem ‚Jubilee-Field‘ wurde das angestrebte Ziel von 90.000 Barrel pro Tag erreicht.

Wie die ghanaische Tourismusbehörde mitteilte, habe das Land in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres (2012) rund 2,3 Mrd. \$ aus der Tourismusbranche eingenommen, was eine Steigerung um ca. 206 Mio. \$ im Vergleich zum Vorjahr (2011) bedeute. Wie weiter erklärt wurde, sei es durchaus möglich, dass die Einnahmen aus der Tourismusindustrie in naher Zukunft die aus der Erdölbranche übersteigen und diese damit zur wichtigsten Einnahmequelle des Landes für Devisen werde.

Anfang November stürzte in Accra ein sechsstöckiges Einkaufszentrum ein, mehrere Tote und viele Verletzte waren zu beklagen. Wie dazu erklärt wurde, soll das Gebäude ohne Baugenehmigung und ohne Berücksichtigung grundlegender

Normen errichtet worden sein. Der Besitzer erklärte die Bereitschaft der Firma, die Familien der Opfer finanziell zu unterstützen.

MALI

1. **Annäherungen in den Schlichtungsverhandlungen mit den islamistischen Gruppen**
2. **Erste Gespräche zwischen der malischen Regierung und zwei islamistischen Gruppen**
3. **Priorität für Verhandlungen bei gleichzeitiger Vorbereitung eines eventuellen militärischen Einsatzes in Nordmali**
4. **Bereitschaft der BRD zur Teilnahme an Ausbildungsmaßnahmen für die malische Armee**
5. **Vorgesehene EU-Unterstützung für Ausbildungsmaßnahmen sowie humanitäre Hilfe**
6. **AU-Kommissionsvorsitzende nimmt an Treffen der Kontaktgruppe zu Mali teil / AU nimmt Mali wieder in die Organisation auf**
7. **Gezwungene Demission des Premierministers und Bildung einer neuen Regierung**
8. **Reaktionen der internationalen Gemeinschaft auf Einmischung des Militärs in die Politik**
9. **Staatshaushalt für das kommende Jahr (2013) verabschiedet**

In der weiter bestehenden Krise im Norden des Landes konnten seit Anfang Oktober leichte Annäherungen in den Gesprächen zwischen dem offiziellen Schlichter, dem burkinischen Staatspräsidenten Blaise Compaoré, und den beiden islamistischen Gruppierungen ‚Ansar Eddine‘ und ‚MNLA‘ erreicht werden. Letztere erklärte, nicht mehr die Abspaltung des Nordens, sondern eher eine Selbstbestimmung für diesen Teil des Landes anzustreben, ‚Ansar Eddine‘ zeigte sich zu Konzessionen (insbesondere was die Umsetzung der Scharia angeht) sowie zu Verhandlungen mit der Regierung Malis bereit, forderte allerdings Klarstellung darüber, mit wem und wie verhandelt werden soll.

Anfang Dezember kam es zu ersten Gesprächen, ebenfalls in Ouagadougou, zwischen der Mediation, den beiden oben genannten Gruppen sowie Vertretern der malischen Regierung. Die Verhandlungen wurden allerdings von allen Beteiligten als lediglich vorbereitende Gespräche bezeichnet, die Delegationen waren sich einig darüber, dass zunächst grundlegende Rahmenbedingungen für einen inter-malischen Dialog geschaffen werden müssten, da an diesem auch Vertreter der unterschiedlichen, im Norden des Landes lebenden Gemeinschaften, teilnehmen sollten.

Für den burkinischen Staatspräsidenten Blaise Compaoré haben, wie er immer wieder betonte, Verhandlungen weiter Priorität, eine eventuelle militärische Intervention werde als letzte Möglichkeit erwogen, falls jene scheitern sollten. Gleichzeitig laufen allerdings die Vorbereitungen für den Einsatz eines ca. 3.300 Mann starken Truppenkontingents aus westafrikanischen aber auch nicht-ECOWAS-Ländern. Die internationale Gemeinschaft, besonders die USA und Frankreich, sagten bereits seit geraumer Zeit finanzielle und logistische Unterstützung zu.

Ende Oktober bestätigte auch Deutschland seine Bereitschaft, den Militäreinsatz im Norden Malis zu unterstützen, allerdings lediglich durch Ausbildungsmaßnahmen für die beteiligten afrikanischen Truppen. In diesem Zusammenhang besuchte Außenminister Guido Westerwelle Anfang November, neben weiteren westafrikanischen Ländern, auch Mali, wo er noch einmal bekräftigte, dass es lediglich um logistische, technische und finanzielle Unterstützung gehe.

Die EU erklärte, Anfang 2013 ca. 400 Soldaten für die Fortbildung der malischen Armee bereitstellen zu wollen. Wie die EU-Kommissarin für internationale Zusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Reaktion auf Krisen, Anfang Dezember, anlässlich eines Besuchs in Bamako mitteilte, werde ihre Organisation dem Land zusätzlich ca. 20 Mio. € für humanitäre Hilfeleistungen zur Verfügung stellen.

Die neugewählte AU-Kommissionsvorsitzende, Nkosazana Dlamini-Zuma, nahm am 19. Oktober, nur wenige Tage nach dem offiziellen Antritt ihrer neuen Funktion, an einem Treffen der Kontaktgruppe für Mali (Vertreter der AU, EU, VN sowie weiterer Partnerländer und -organisationen) in Bamako teil. Sie ernannte den ehemaligen Staatspräsidenten von Burundi, Pierre Buyoya, zum Sonderbeauftragten der Afrikanischen Union für Mali und die Sahelzone. Gleichzeitig (24. Oktober) nahm der AU-Friedens- und Sicherheitsrat das Land Mali, das seit dem Putsch vom 22. 3. suspendiert war, wieder in die kontinentale Organisation auf.

In der Nacht vom 10. auf den 11. Dezember wurde der malische Premierminister Cheick Modibo Diarra von einem Militärkontingent festgenommen und zur Demission gezwungen. Interimspräsident Dioncounda Traoré ernannte noch am gleichen Tag den 62-jährigen Juristen und bisherigen (seit Mai 2011) offiziellen Schlichter der Republik, Diango Cissoko, zum Premierminister. Bereits am 15. Dezember wurde die Zusammensetzung der neuen Regierung aus 30 Personen (zuvor 32), darunter drei Frauen, bekannt gemacht.

Die internationale Gemeinschaft, besonders die VN, EU aber auch die AU und die ECOWAS verurteilten einstimmig das Eingreifen des Militärs in die Politik. VN-Generalsekretär Ban Ki-moon forderte erneut, diesem ein Ende zu setzen und wies darauf hin, dass der VN-Sicherheitsrat bereit sei, gezielte Sanktionen gegen diejenigen in die Wege zu leiten, die die Wiederherstellung einer verfassungsmäßigen Ordnung behinderten und die Stabilität des Landes bedrohten. Die AU-Kommission erklärte ihre Entschlossenheit, auf die strikte

Einhaltung der verfassungsmäßigen Ordnung in Mali zu achten und forderte das Land auf, Anfang 2013 Wahlen zu organisieren.

Ende Dezember verabschiedete das Parlament den Staatshaushalt für das kommende Jahr (2013) mit Einnahmen in Höhe von rund 1.007 Mrd. F CFA (1,54 Mrd. €) und Ausgaben von 1.057,3 Mrd. F CFA (1,61 Mrd. €) und einem um, im Vergleich zum vergangenen Jahr, 6,88% erhöhten Defizit. Dies soll, wie der Regierungsvertreter in der Nationalversammlung erklärte, über die erwartete Budgethilfe seitens der Partnerorganisationen und –länder nach Wiederaufnahme der Kooperation mit diesen finanziert werden.

NIGER

1. **Round-Table-Gespräche mit Geberländern und –organisationen in Paris**
2. **Unzufriedenheit mit den Einnahmen aus der Uranförderung geäußert**
3. **Beginn der Uranförderung aus dem Bergwerk Imouraren erneut verschoben**
4. **Gipfeltreffen des ‚Conseil de l’entente‘ in Niamey**
5. **Staatshaushalt für 2013 im Parlament verabschiedet**
6. **Volkszählung im Dezember durchgeführt**
7. **Im Norden des Landes entführte Geiseln wieder freigelassen**

Mitte November fanden in Paris Round-Table-Gespräche zwischen Niger und seinen technischen und finanziellen Partnerorganisationen mit dem Ziel statt, die nötigen finanziellen Ressourcen - nahezu 5 Mrd. \$ - für die Umsetzung des Programms ‚PDES 2012–15‘ zu mobilisieren. Es handelt sich dabei um ein Programm für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes, das als Referenzrahmen sowohl für die Regierung als auch die Geberorganisationen und –länder gilt. Staatspräsident Mahamadou Issoufou leitete persönlich die Sitzungen, sein Anliegen ist, wie er erklärte, das Land aus dem Teufelskreis der Nahrungsmittelkrisen herauszuführen und dieses in ca. 10 Jahren zu einem Schwellenland zu machen, wobei er sich u.a. auf die Ausbeutung der Bodenschätze des Landes, insbesondere Uran und Erdöl stützen will.

In diesem Zusammenhang bildeten die Abkommen mit der französischen Nukleargruppe ‚Areva‘ einen der wichtigsten Punkte bei den bilateralen Gesprächen, die der nigrische Staatspräsident mit seinem französischen Amtskollegen in Paris führte. Er erklärte, die Einnahmen aus dem Uranabbau machten lediglich 5% des Staatshaushalts aus, obwohl das Land Niger zu den weltweit wichtigsten Uranproduzenten gehöre.

Die Firma ‚Areva‘ erklärte ihrerseits, nicht mehr über genügend Mittel für Investitionen zu verfügen. Aufgrund der allgemein herrschenden Krisensituation aber auch nach der Katastrophe von Fukushima sei der Uranpreis stark gesunken,

was zu einem Herunterfahren der Produktion an sämtlichen Förderstellen geführt habe. Das Land Niger wird nun möglicherweise neue Investoren suchen.

Auch für das Uranbergwerk von Imouraren bei Agadez, im Norden des Landes, besitzt die ‚Areva‘-Gruppe bereits seit Beginn 2009 die Abbaulizenz. Dort sollte im laufenden Jahr (2012) mit der Förderung begonnen werden, dies wurde allerdings verschoben, zunächst auf 2014, nun auf das Jahr 2016. Bei dem Bergwerk soll es sich um eine der wichtigsten Uranreserven (geschätzte 180.000 Tonnen) mit einer erwarteten Jahresproduktion von 5.000 Tonnen über 35 Jahre handeln, mit der das Land zum weltweit zweitwichtigsten (nach Kasachstan) Uranproduzenten werden könnte. Auch dies wurde in den bilateralen Gesprächen zwischen den beiden Staatschefs angesprochen, wobei von nigrischer Seite auf einen baldigen Förderungsbeginn gedrängt wurde.

Anfang Dezember wurde der Staatshaushalt für das kommende Jahr (2013) in Höhe von rund 1.331,3 Mrd. F CFA (2,03 Mrd. €), um 15 Mrd. (22,87 Mio. €) niedriger als der des laufenden Jahres (2012), vom Parlament mit den Stimmen der Regierungspartei verabschiedet, die Opposition bezeichnete die Zahlen als unrealistisch. Nach Aussagen der parlamentarischen Finanz- und Budgetkommission soll das Budget mit den Zielen des ‚PDES‘ (siehe oben) konform sein und den mit den Partnerorganisationen des Landes festgelegten Sektorprogrammen entsprechen.

Mitte Dezember fand in Niamey ein Gipfeltreffen der Staatschefs des ‚Conseil de l’entente‘ statt. Zur Diskussion standen u.a. die allgemeine Sicherheitslage in der Region, die politische und ökonomische Situation der Mitgliedsländer, die Verabschiedung eines Strategieplans für die Jahre 2013-15, des Aktivitätenprogramms und Budgets der Institution für das kommende Jahr (2013).

Im Dezember wurde eine Volkszählung durchgeführt. Mit diesem, nach VN-Empfehlungen, alle zehn Jahre durchzuführenden Zensus sollen laufende Änderungen insbesondere im Hinblick auf Grundbildung und allgemeine Gesundheit erfasst, und den Entscheidungsträgern zuverlässige Daten geliefert werden. Die Kosten der Volkszählung werden auf ca. 11 Mrd. F CFA (16,8 Mio. €) geschätzt, die derzeitige Bevölkerung des Landes auf 15 Millionen Personen (1977: 5 Mio.).

Sechs der sieben Mitte Oktober in Dakoro (Nordniger) von der ‚Mujao‘ entführten Mitglieder einer nationalen NRO wurden Anfang November freigelassen, eine bei der Entführung verletzte Geisel war ihren Verletzungen erlegen. Wie bekannt wurde sollte ein italienischer Staatsangehöriger entführt werden, der sich zum gegebenen Zeitpunkt nicht vor Ort befand.

TOGO

1. Rede von Staatspräsident Faure Gnassingbé vor dem diplomatischen Korps

2. **Abgeordnete bleiben nach Mandatsende bis zu Neuwahlen im Amt**
3. **Staatshaushalt 2013 Ende Dezember verabschiedet**
4. **Wirtschaftsentwicklung des Landes durch IWF positiv beurteilt**
5. **EU- Mittel für die Umsetzung der Entwicklungsstrategie des Landes zugesagt**
6. **Ehemaliger ELF-Chef und ehemaliger togoischer Minister weiter in Untersuchungshaft**

In seiner Rede am 20. Dezember vor dem diplomatischen Korps und Vertretern der in Togo akkreditierten internationalen Organisationen erklärte Staatspräsident Faure Gnassingbé das kommende Jahr (2013) zu einem Jahr der Konsolidierung des Rechtsstaats und versprach, die längst fälligen Parlaments- und Gemeinderatswahlen zu einem ‚demokratischen Rendezvous‘ zu machen. Dazu seien die Vorbedingungen erfüllt, sein Land habe die bei den letzten Wahlen eingebrachten Anregungen und Vorschläge berücksichtigt, um kommende zu verbessern. Weiter kündigte er die Gründung eines ‚Hohen Rats für die Versöhnung und Stärkung der nationalen Einheit‘ an sowie die Einrichtung eines Spezialfonds für die Entschädigung der Opfer vergangener politischer Übergriffe.

Die Parlamentswahlen, innerhalb dreißig Tagen vor Mandatsende der Abgeordneten (Mitte November 2012) fällig, wurden, wie von offizieller Seite erklärt wurde, aufgrund von Differenzen zwischen Regierung und Opposition über die Vorbedingungen für einen glaubhaften und demokratischen Wahlverlauf, nicht durchgeführt (siehe oben), ein genaues Datum war zu Berichtsende noch nicht bekannt. Die Abgeordneten werden, wie der Parlamentsvorsitzende dazu mitteilte, bis zur Wahl ihrer Nachfolger im Amt bleiben. Das Verfassungsgericht habe sein Einverständnis dazu erteilt.

Der Staatshaushalt für das kommende Jahr (2013) in Höhe von 786,4 Mrd. F CFA (1,2 Mrd. €) wurde Ende Dezember in der Nationalversammlung verabschiedet. Wie der Wirtschafts- und Finanzminister dazu erklärte, sei das Budget auf das nationale Wirtschaftswachstum, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Armut ausgerichtet und habe u.a. zum Ziel, die Straßeninfrastruktur weiter auszubauen, die landwirtschaftliche Entwicklung zu fördern sowie u.a. die Versorgung mit Trinkwasser und den Zugang zu Basisgesundheitsdiensten zu verbessern.

Eine Delegation des Internationalen Währungsfonds, die sich Anfang November zu einer Überprüfung der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes in Togo aufhielt, gab eine positive Bewertung ab und erklärte, der IWF zeige sich durchaus optimistisch für das Wirtschaftswachstum des Landes im kommenden Jahr (2013). Dieses könne sich, aufgrund der als günstig beurteilten allgemeinen ökonomischen Bedingungen, auf 5,3% (gegenüber 5% im laufenden Jahr) erhöhen. Gleichzeitig wurde das Land Togo allerdings aufgefordert, die bereits seit geraumer Zeit vorgesehenen Strukturreformen umzusetzen, und der Rat erteilt, die bisher errungenen Fortschritte in der Haushaltsverwaltung zu konsolidieren und das Schuldenmanagement über geeignete Finanzierungen zu verbessern.

Ende November stellte die EU dem Land Togo, im Rahmen der öffentlichen Budgethilfe für die Jahre 2012–14, die Summe von 22,5 Mio. € für die Umsetzung der Wachstumsstrategie und Beschäftigungsförderung (stratégie de croissance et de promotion de l'emploi) zur Verfügung. Damit soll besonders das Wirtschaftswachstum gefördert, die Verwaltung der öffentlichen Finanzen verbessert, die Armut reduziert, das Land bei der Erreichung der Millenniumsziele unterstützt werden. Das Programm gilt für die togoischen Entscheidungsträger aber auch die Partnerländer und -organisationen als Referenzrahmen für die Politik der nächsten Jahre. Man erhofft sich darüber hinaus im Lauf der nächsten fünf Jahre u.a. eine Erhöhung der durchschnittlichen Einkommen um 3% bis 4% pro Jahr sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen, insbesondere für jugendliche Arbeitnehmer.

Der Antrag der Anwälte des Mitte September festgenommenen ehemaligen Chefs der französischen Erdölfirma Firma 'ELF' (siehe Vorbericht), Loïk Le Floch-Prigent, auf vorläufige Freilassung aus Gesundheitsgründen wurde Ende September von den togoischen Gerichten zurückgewiesen, eine dafür geforderte Kautionshöhe von 9 Mio. \$ von dem Beklagten als zu hoch abgelehnt. Auch der in der gleichen Angelegenheit verdächtige ehemalige Regierungssprecher und Minister für Territorialverwaltung, Pascal Bodjona, befindet sich weiter in Untersuchungshaft, seine Anwälte warnten im Rahmen einer Pressekonferenz davor, die Angelegenheit zu einem politischen Prozess zu machen.

Ralf Wittek

Der Autor ist Leiter der Hanns-Seidel-Stiftung in Westafrika.

Brigitte Mäntele-Enweani

Die Autorin ist freie Mitarbeiterin der Hanns-Seidel-Stiftung in Cotonou / Benin

IMPRESSUM

Erstellt: 04.01.2013

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Prof. Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iz@hss.de | www.hss.de